

Herr Landrat Wilkes ergänzte, im Hinblick auf die globale Präsentation der Region werde ein engerer Kontakt zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH und der FRM angestrebt. Herr Dr. Zürker berichtete über die Kooperation zwischen der Wirtschaftsförderung Bergstraße und der FRM. Der Kreis und die Wirtschaftsförderung profitierten von der Tätigkeit der FRM.

Bei der anschließenden Aussprache gab es insbesondere Fragen zur Bezifferbarkeit des Gewinnes für den Kreis durch die Beteiligung an der FRM, zur geplanten Ausweitung des Gesellschafterkreises und zur Unterstützung der Wirtschaftsförderung bei der Bestandspflege von im Kreis ansässigen Unternehmen.

Herr Menges, Herr Dr. Zürker und Herr Landrat Wilkes nahmen zu den Fragen Stellung. Generell sei der Erfolg von Marketing nicht zu beziffern. Eine zu große räumliche Ausweitung des Gesellschafterkreises sei für Standortmarketing nicht sinnvoll. Die FRM mische sich nicht in die Bestandspflege der Wirtschaftsförderungen vor Ort ein, sondern unterstütze diese bei Bedarf durch die bestehenden Kontakte zu Firmen mit Hauptsitzen oder Konzernzentralen im Ausland.

Die Abgeordneten Herr Schneider und Herr Figaj bezeichneten die Beteiligung des Kreises an der FRM als wichtig und vorteilhaft. Sie sprachen für einen weiteren Verbleib des Kreises bei der FRM aus und regten einen entsprechenden Beschluss des Ausschusses hierzu an.

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur beschließt, dass der Kreis Bergstraße weiterhin Mitglied in der Standortmarketing-Gesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Stimmenthaltung.

Punkt 2:

2. Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2013 - Teilhaushalt 05 Vorlage: 17-1029

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur hat von der Vorlage 17-1029 mit dem beigefügten 2. Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2013 Kenntnis genommen.

Herr Abgeordneter Wingerter hatte Fragen zu den prognostizierten Ergebnisverbesserungen bei den Sach- und Dienstleistungen durch reduzierte SPNV-Mehrleistungen und zu den außerordentlichen Erträgen im ÖPNV-Bereich.

Nach der nach der Sitzung eingeholten Auskunft der Verwaltung basiert die Veranschlagung des Haushaltsansatzes für SPNV-Leistungen auf den Planungsdaten der VRN GmbH aus dem Vorjahr, der prognostizierte Rechnungsbetrag orientiert sich am bestehenden Fahrplankonzept und kann deshalb vom veranschlagten Ansatz abweichen. Die außerordentlichen Erträge im ÖPNV-Bereich resultieren aus Erstattungen der VRN GmbH nach

